



Weniger Entwicklungshilfe

Die Schweiz reduziert ihre Hilfe für Schwellenländer. Doch weiterhin fliessen Hilfsgelder in wirtschaftlich aufstrebende Länder. Das will die SVP nun stoppen.

Daniel Foppa

Der neue deutsche Entwicklungshilfeminister Dirk Niebel (FDP) fackelte nicht lange: Kaum im Amt, hat der forsche Politiker drastische Einschnitte beschlossen. So sollen die Schwellenländer China und Indien künftig keine Entwicklungshilfe mehr erhalten. Niebel will die Gelder «dort einsetzen, wo es am meisten nottut.» Laut ihm erfüllen «Wirtschaftsriesen» wie China und Indien diese Kriterien nicht mehr.

Deutsche FDP als Vorbild

Ähnliches verfolgt SVP-Nationalrat Lukas Reimann, der viel von der deutschen FDP hält. Er hat eine Motion eingereicht, um die Entwicklungshilfe an Schwellenländer einzuschränken. Reimann denkt an China, Indien, Brasilien und Südafrika: «Dort gibt es zwar immer noch viele Arme. Aber diese Länder haben die finanziellen Mittel, die Entwicklungshilfe selbst zu finanzieren.» Er will zudem, dass Entwicklungshilfe nur dann fliesst, wenn das Empfängerland die Menschenrechte einhält - auch das eine Forderung der deutschen Liberalen.

Bei der klassischen Entwicklungshilfe rennt der SVP-Mann offene Türen ein. Die Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (Deza) hat ihre Hilfe für Schwellenländer stark reduziert und konzentriert sich fortan auf die

ärmsten Länder. Dafür stehen ihr von 2009 bis 2012 total 4,5 Milliarden Franken zur Verfügung. In Indien, seit 1961 ein Schwerpunktland schweizerischer Entwicklungshilfe, wird die Hilfe zum Beispiel kontinuierlich zurückgefahren. 2008 flossen noch 14,4 Millionen Deza-Gelder, dieses Jahr sind es 6,4 Millionen, und 2012 wird ganz Schluss sein.

«Wir konzentrieren uns auf die ärmsten Bevölkerungsschichten in den ärmsten Ländern», sagt Deza-Direktor Martin Dahinden. In China, Indien, Brasilien und Südafrika werden nach 2012 nur noch einzelne Projekte unterstützt - etwa zum Klimaschutz. Laut Dahinden wird dafür ein tiefer einstelliger Millionenbetrag verwendet.

Seco setzt auf Schwellenländer

Anders sieht es bei der Entwicklungszusammenarbeit aus, die vom Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) betrieben wird. Das Seco konzentriert sich zunehmend auf aufstrebende Länder des Südens. Laut Seco geht es dabei um Wirtschaftszentren, deren Entwicklung sich positiv auf die umliegenden, noch ärmeren Länder, auswirkt. Von 2009 bis 2012 stehen dem Seco 400 Millionen für die sieben Schwerpunktländer Ägypten, Ghana, Indonesien, Kolumbien, Peru, Südafrika und Vietnam zur Verfü-

gung. Weitere 400 Millionen werden weltweit eingesetzt (Südafrika erhielt 2008 beispielsweise 7,6 Millionen, China rund eine Million). 325 Millionen fliessen schliesslich in Ost-Länder wie Serbien und die Ukraine. «Die Unterstützung dieser Länder ist auch im Eigeninteresse der Schweiz», sagt Esther Hauert vom Seco. Das Seco fördere die Integration dieser Länder in die Weltwirtschaft, wodurch Handelsbeziehungen gestärkt werden.

Das lässt Reimann kalt: «Die Hilfe für wirtschaftlich aufstrebende Länder ist einzuschränken.» Ansonsten finanziere die Schweiz ihre Konkurrenten. Zudem widerspreche es einem WTO-Entscheid, wenn Entwicklungshilfe aus finanziellem Interesse erfolge. Er betont: «Mir geht es um die Verteilung. Es sollte auch im Interesse der Linken sein, dass das Geld an die Ärmsten geht.» Damit kann er den politischen Gegner jedoch nicht überzeugen. «Das ist reine Salamatik. Nun wird die Unterstützung der Schwellenländer bekämpft, danach die gesamte Entwicklungshilfe», sagt SP-Nationalrat Hans-Jörg Fehr.

Trifft diese Prognose ein, würde Reimann den umgekehrten Weg seines Vorbilds Dirk Niebel beschreiten. Als dieser noch nicht Minister war, wollte er das Entwicklungsministerium ganz auflösen. Nun, da er dessen Chef geworden ist, spricht er nicht mehr davon.

Forderungen der OECD

Schweiz soll Entwicklungshilfe erhöhen und stärker konzentrieren

Die Schweiz sollte ihre Entwicklungshilfe weiter erhöhen und gleichzeitig auf weniger Länder und Sektoren konzentrieren, rät die OECD. Ferner müsse die Schweiz darauf achten, dass auch andere Bereiche wie Handel und Finanzen mit den Entwicklungszielen vereinbar seien. Diese Empfehlungen stehen im Länderbericht des Entwicklungsausschusses der Organisation für Wirtschaft-

liche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) über die Schweiz, der gestern in Bern vorgestellt wurde.

Wie der Vorsitzende des Ausschusses, Eckhard Deutscher, sagte, hat die Schweiz 2008 ihre Entwicklungshilfe gegenüber dem Vorjahr um 6 Prozent auf 2,2 Milliarden Franken gesteigert. Das entspricht 0,42

Prozent des Bruttoinlandprodukts (BNE). Die Schweiz hat damit ihr eigenes 0,4-Prozent-Ziel leicht übertroffen. Gleichwohl sollte sie eine Quote von 0,5 Prozent anstreben und dabei das Uno-Ziel von 0,7 Prozent im Auge behalten, empfiehlt die OECD. Bei einem derart international vernetzten Land wie der Schweiz sei eine Erhöhung der Hilfe angebracht, erklärte Deutscher. Luxemburg und



Der Bund

10.11.2009

Auflage/ Seite

54233 / 8

Ausgaben

300 / J.

Seite 2 / 2

9040

7524320

EVD / PD / UVEK / EFD / EDI / EJPD

Schweden wendeten fast 1 Prozent ihres BNE für Entwicklungshilfe auf, der Schnitt der OECD-Geberländer liege bei 0.47 Prozent. Der Direktor der Direktion für Zusammenarbeit und Entwicklung (Deza), Marin Dahinden, wies darauf hin, dass das Parlament Ende 2008 eine Aufstockung der Hilfe auf 0.5 Prozent des BNE beschlossen hatte. Angesichts der angespannten Lage der Bundesfinanzen

liesse sich dieses Ziel aber nicht so schnell umsetzen, wie es entwicklungspolitisch wünschbar wäre.

Zwei Drittel der öffentlichen schweizerischen Entwicklungshilfe fliesst an die ärmsten Länder. Laut OECD-Meinung ist die Hilfe aber immer noch auf zu viele verschiedene Länder und Sektoren verteilt. Eine weitere Konzentration sei nötig. Die schweizerische

Entwicklungshilfe wird vom Aussendepartement und vom Volkswirtschaftsdepartement gesteuert. Zwar gebe es Koordinierungsbestrebungen, doch müsse die gemeinsame strategische Ausrichtung zwischen beiden Departementen verbessert werden, um Doppelarbeit und Kosten zu verringern, rät die OECD. (sda)